

Die Schweizer Queeramnesty Delegation beim Europride in Riga

Ausgabe Nr. 52/Winter 2015/16

Titelthema: Europride in Riga

Herzlicher Gruß aus Wien!

Polen lässt Opfer von Hassverbrechen im Stich

Estland: Große Anstrengungen bringen einen Sieg

QA für Menschenrechtsbildung in den Schulen

Menschenrechtsaktivist aus Kamerun zu Besuch

TransXIstanbul in Berlin

EUROPRIDE IN RIGA

DIE DIESJÄHRIGE PANEUROPÄISCHE PRIDE FAND IN DER LETTISCHEN HAUPTSTADT RIGA STATT – ZUM ERSTEN MAL IN EINEM LAND DER FRÜHEREN SOWJETUNION

Die Sicherheit war im Vorfeld unklar: Zwar funktionierte die Zusammenarbeit mit der Polizei sehr gut, aber die lettische Regierung, die zu diesem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, verzichtete auf eine entsprechend wohlwollende Erklärung. Binnen kurzer Zeit versuchten religiöse Gruppen die geplanten Veranstaltungsorte für sich zu buchen und so die Pride zu kippen. Doch allem Gegenwind zum Trotz, kann man zu guter Recht von einem vollen Erfolg sprechen: Über 5000 Paradeteilnehmer_innen zogen über eine 2,5 km lange Strecke durch das Rigaer Stadtzentrum. Kaum Gegendemonstrant_innen waren gekommen; im Gegenteil, viele Passant_innen zeigten ihre Sympathie, indem sie den Teilnehmer_innen zuwinkten oder fröhlich tanzend – selbst vom Balkon aus – mit Regenbogenfahnen Solidarität zeigten. Das war ein ganz anderes Bild als vor 10 Jahren, 2005, als nur

70 Aktivist_innen Tausenden von aggressiven Gegendemonstrant_innen gegenüberstanden.

Sehr spannend war auch die im Vorfeld stattfindende Konferenz "Freedom of Speech and Assembly: A World Perspective In A Narrative", die sich der Frage widmete, welche Rolle das Internet bei der Stärkung der Zivilgesellschaft spielt bzw. spielen kann. Auch eine Vertreterin der lettischen Regierung hielt eine kleine Eröffnungsrede, die wir uns öffentlich vor oder bei der Parade gewünscht hätten. Insgesamt aber ist der Weg für die lokale Politikprominenz geebnet, sich der LGBT-Gemeinschaft anzunähern.

Amnesty International war bereits bei der ersten Pride 2005 dabei, und hat seither Jahr für Jahr die Baltic Pride und ihre Organisatoren unterstützt. Amnesty hat auf diese Weise an dieser großen Veränderung mitgewirkt. Darauf können wir stolz sein! Es ist auch ein Zeichen an die anderen Länder der früheren Sowjetunion, nicht dem Kurs Russlands zu folgen. Der Erfolg der EuroPride in Riga lässt sich nicht hoch ge-

nug bemessen, denn nur eine Woche vor der Parade in Riga ist es an der Pride in Kiew zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Ein Mitglied der ukrainischen Delegation von Amnesty International erklärte, dass die diesjährigen Erfahrungen von der Riga Pride ein unermesslicher Motivationsschub zur Fortsetzung der bisherigen Arbeit in der Ukraine seien. Die Europride 2015 in Lettland ist ein deutlicher Beweis dafür, welche Veränderungen Solidarität bewirken kann.

Lettland hat demnach große Fortschritte in Bezug auf LGBTI-Rechte gemacht, aber lediglich fünf frühere Sowjetstaaten haben Gesetze erlassen, um die berufliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung zu verbieten. Davon verfügen nur drei Länder über Gesetze gegen Hassverbrechen, die aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität passieren: Georgien, Litauen und Estland.

Text: Thomas Vinzenz

http://qai.ch/europridevideo

HERZLICHER GRUSS AUS WIEN!



QUEERAMNESTY ÖSTERREICH WURDE 2003 IN WIEN GEGRÜNDET. FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER MENSCHENRECHTE VON LGBTI-PERSONEN ARBEITEN WIR ENG MIT DEM NATIONALEN OFFICE VON AMNESTY IN WIEN ZUSAMMEN.

Auf lokaler Ebene veranstalten wir Lesungen, Protestaktionen, Unterschriftensammlungen, Film- sowie Kinoabende und beteiligen uns an Podiumsdiskussionen. Außerdem gibt es bei uns eine gute Zusammenarbeit mit anderen österreichischen NGOs der LGBTI-Szene.

Zum Jahresbeginn (2015) wurde in einem Wiener Kaffeehaus ein lesbisches Paar des Lokals verwiesen, weil sie einander küssten. In Kooperation mit anderen NGOs haben wir die Demonstration "Küssen im Prückel" organisiert, der sich ca. 2000 Menschen anschlossen.

Anlässlich des IDAHOTs organisierten wir einen Musikabend mit mehreren Bands und Djanes, welchen

wir dieses Jahr bereits zum fünften Mal veranstalteten. Ein weiteres Großereignis war das Pride-Village, wo zahlreiche NGOs über ihre Arbeit informieren und auf Ungleichbehandlungen von LGBTIs aufmerksam machen. Bei der alljährlichen von der Homosexuelleninitiative Wien organisierten Regenbogenparade war Queeramnesty ebenfalls mit eigener Fußgruppe dabei.

Es war uns ein Anliegen, Österreichs Missstände in der Gesetzgebung in Bezug auf LGBTI-Menschen deut-

lich zu zeigen. So gibt es keinen ausreichenden Diskriminierungsschutz bei Dienstleistungen und nach wie vor lediglich die eingetragene Partner_innenschaft mit an die 40 Unterschieden zur Ehe. Wir haben unsere Kernforderungen zur LGBTI-Rechtslage in Österreich und der EU überarbeitet, eine Fotoaktion gestartet und in ganz Österreich verbreitet. Der Name der Kampagne lautete Respect Diversity.

RESPECT DIVERSITY

Selten haben bei einer Aktion von Al Österreich so viele ehren- und hauptamtliche Kolleg_innen derart intensiv und erfolgreich zusammengearbeitet. Respect Diversity startete beim Rap Against Festival Wien Ende April am Karlsplatz, bei der wir mit unserer Kampagne zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gegangen sind. Zwei Wochen später folgte mit der Fotoaktion auf der größten Wiener Einkaufsstraße, unsere zweite größere Straßenaktion. Die Selfies mit den Slogans "Respect Diversity" sowie "Intoleranz macht schiach" (Österreichisch für hässlich) wurden durchwegs positiv aufgenommen.

Im Mai 2015 haben wir eine Kampagne zum Eurovision Song Contest gestartet, der heuer in Wien stattgefunden hat. Im Vorfeld organisierten wir zwei Podiumsdiskussionen, einen Filmabend und internationale Gäste. John Jeanette Solstad Remø, die in Nor-

wegen gegen die Diskriminierung von Trans*menschen kämpft, sowie Vladimir Simonko, Organisator der Baltic-Pride, standen bei unseren zahlreichen Journalist_innenterminen Rede und Antwort.

Die Kampagne endete mit der Erstellung eines großen Mosaiks, das sich aus über 1000 Respect Diversity und Intoleranz macht schiach Fotos zusammensetzte. Das anschließende gemeinsame Ausklingen im Office hat einige Aktivist_innen von anderen NGOs in das Büro geholt und selbst noch zu fortgeschrittener Stunde wurden weitere Pläne für die Zukunft geschmiedet.

Schließlich wünschen wir uns, dass all unsere Arbeit eines Tages nicht mehr notwendig sein wird und wir alle gleichberechtigt leben und lieben dürfen!

In diesem Sinne: Respect Diversity! ■

POLEN LÄSST OPFER VON HASSVER-BRECHEN IM STICH

DER IM SEPTEMBER 2015 VERÖFFENTLICHTE AMNESTY-BERICHT
"TARGETED BY HATE, FORGOTTEN BY LAW" ZEIGT AUF, WIE POLEN
GANZE GEMEINSCHAFTEN AUS DER GESETZGEBUNG GEGEN
HASSVERBRECHEN AUSSCHLIESST, ZUM BEISPIEL OBDACHLOSE,
MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN ODER DIE LGBTI-COMMUNITY

Polen hat ein Zweiklassenrechtssystem, das bestimmte Minderheiten schützt andere jedoch nicht. So sieht das polnische Strafrecht etwa die spezielle Ermittlung und Strafverfolgung von Hassverbrechen aus rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven vor. Aber wenn jemand schwul oder lesbisch, obdachlos oder behindert ist und genau deswegen tätlich oder verbal angegriffen wird, behandelt die Polizei den Fall als ganz normales



Das Coverbild des Amnesty-Berichts ist ein Graffiti des Street Artist und Menschenrechtsaktivisten dariusz, welches Bürgerinnen von Żywiec (südliches Polen) in traditioneller Kleidung zeigt. Das Graffiti wurde mehrmals durch Vandalismus beschädigt und auch der Künstler selbst ist 2014 Ziel von homophober Gewalt geworden.

Verbrechen und nicht als Hassverbrechen.

Die Diskriminie-

rung von Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft in Polen ist im ganzen Land weit verbreitet und tief verwurzelt. Es gibt zwar keine offiziellen Statistiken, aber eine der wichtigsten LGBTI-Organisationen in Polen, die "Campaign against Homophobia"

hat allein in 2014 mindestens 120 homophobe oder transphobe Hassverbrechen registriert. Die Dunkelziffer ist vermutlich deutlich höher. In Polen wurden in den vergangenen Jahren auch viele Obdachlose verprügelt oder gar angezündet. Obwohl klar ersichtlich war, dass diese Angriffe allein deshalb geschahen, weil die Opfer arm waren und auf der Straße lebten, wurden auch die-

se Vorfälle wie gewöhnliche Verbrechen verfolgt.

Polen ist völkerrechtlich verpflichtet, alle Minderheiten gleichermaßen vor Diskriminierung zu schützen. Amnesty International fordert die polnische Regierung auf, diese Gesetzeslücke zu schließen. Es müssen zudem institutionelle Mechanismen geschaffen werden - wie speziell geschulte Strafverfolger und Spezialabteilungen der Polizei –, die für hassmotivierte Angriffe gegen körperlich oder geistig Beeinträchtigte, sozial Schwache oder gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zuständig sind. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass solche Hassverbrechen verhindert, alle bekannten Fälle untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem müssen die Vorfälle von staatlicher Seite statistisch erfasst werden, um das Ausmaß des Problems zu erkennen.

Schicken Sie einen Appellbrief an die polnische Regierung und fordern Sie diese zum Handeln auf. Einen Beispielbrief finden Sie auf der Seite

www.queeramnesty.de

GROSSE ANSTRENGUNGEN BRINGEN EINEN SIEG

AB JANUAR 2016 TRITT IN ESTLAND DER CIVIL PARTNERSHIP ACT (CPA) IN KRAFT. DIESER ERMÖGLICHT ES ZWEI MENSCHEN UNABHÄNGIG VON IHREM GESCHLECHT EINE EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT EINZUGEHEN. FABIAN VON QUEERAMNESTY BERLIN SPRACH MIT HELEN TALALAEV, LEITERIN DES ESTNISCHEN LGBT-VERBANDS (EESTI LGBT ÜHING)

Fabian: Letzten Oktober (2014) hat das estnische Parlament mit 40:38 Stimmen den Weg frei gemacht für den CPA. Wie laut haben bei Euch die Korken geknallt?

Helen: Die Annahme dieses Gesetzes war das Resultat großer Anstrengungen und ein Sieg, über den man sich estlandweit sehr gefreut hat. Da jedoch den entsprechenden Durchführungsbestimmungen noch zugestimmt werden muss, wussten wir sofort, dass die Arbeit weiter geht.

Fabian: Könnte man von einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung sprechen?

Helen: Die Diskussion war sehr lebendig. Alle Seiten haben sich engagiert zu Wort gemeldet, obwohl die inhaltliche Tiefe häufig zu wünschen übrig ließ. Oft blieb es bei Parolen. Die Menschen begründeten und argumentierten wenig und führten kaum auf Fakten basierende Streitgespräche. Sicherlich war es eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Inwieweit es gelungen ist,

objektive Informationen und Hintergründe zu vermitteln, ist eine andere Frage. Sicherlich hätte das mehr geschehen müssen, um diesbezügliche Einstellungen in eine positivere Richtung zu lenken.

Fabian: Welche Faktoren waren für die Entscheidung des estnischen Parlaments von Bedeutung?

Helen: Das wichtigste war der Wechsel der Regierungskoalition im Frühjahr 2014, der diesen Prozess
überhaupt erst möglich gemacht hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der vorherige Koalitionspartner dieses Thema blockiert.

Zum zweiten war es wichtig, dass es im Parlament eine bestimmte Zahl von Abgeordneten gegeben hat, die den CPA als Herzensangelegenheit betrachtet haben. Sicherlich war die Aktivierung von Unterstützer*innen ein erheblicher Faktor. Das ermutigte Abgeordnete, für das Gesetz zu stimmen.

Fabian: Inwiefern unterscheidet sich Estland von seinen baltischen Nachbarn?

Helen: Das ist schwer zu sagen. Eine Erklärung wäre, dass Estland deutlich weniger religiös ist als Lettland und Litauen. Die Kirche hat in Estland weniger Einfluss, obwohl sie sich in dieser Frage lautstark zu Wort gemeldet hat. Zum zweiten möchte Estland ein neues, quasi skandinavisches Land sein, ein zukunftsorientierter Staat. In vielen Dingen blicken wir mit Bewunderung nach Finnland und Norwegen, was uns so möglicherweise auch zu mehr Freiheit führt. Der Sowjethintergrund ist allen drei baltischen Staaten gleich.

Fabian: Wie hat sich Eure Arbeit im Estnischen LGBT-Verband über die letzten Jahre entwickelt? Helen: Ins Zentrum unserer Arbeit ist mehr und mehr die Lobbyarbeit gerückt. Wir schulen Lehrer*innen und Aktive aus dem Bereich der Jugendarbeit, beantworten zahlreiche (An-) Fragen und bieten Beratungen an. Veranstaltungen organisieren wir nun weniger, auch wenn wir sie nicht ganz wegfallen lassen wollen. Das sind die wesentlichen Veränderungen.

Fabian: Was werden die Herausforderungen Eurer Arbeit in der nächsten Zeit sein?

Helen: Das Thema Nr. 1 ist auch dieses Jahr noch der CPA bzw. die entsprechenden Durchführungsbestimmungen. Der zweite wichtige Bereich ist die Schulung von Aktiven aus dem

Bereich der Jugendarbeit. Die drei Säulen unserer Arbeit – Lobbying, Schulungen, Förderung der LGBTI-Community – haben wir schon lange ge-

setzt. Nun wollen wir diese Bereiche weiterentwickeln.

Fabian: Welche Form der Unterstützung wünscht Ihr euch?

Helen: Der größte Wunsch wäre, dass internationale Organisationen den Erfolg eine Staates oder der dort tätigen Organisationen nicht daran bemessen, ob in dem jeweiligen Staat eine Pride stattfindet oder nicht, sondern auf die inhaltliche Arbeit blicken, die geleistet wird.

Fabian: Vielen Dank, Helen. ■

FÜR MENSCHENRECHTS-BILDUNG IN DEN SCHULEN

Am ersten Augustwochenende dieses Jahres fand der Hamburg Pride - Christopher Street Day (CSD) statt. Mit tatkräftiger Unterstützung der Amnesty International Hochschulgruppe Hamburg war Queeramnesty unter dem Motto "Menschenrechtsbildung in die Schulen!" mit einer großen Fußgruppe bei der Parade am 1. August stark präsent und demonstrierte mit einer Vielzahl an Plakaten und über 8.000 verteilten Stickern für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Intersexuellen (LGBTI) weltweit. Zudem war Queeramnesty mit einem erfolg-

Queeramnesty

MENSCHENRECHTSBILDUNG IN DIE
SCHULEN!



Seite 4



reichen Stand auf dem dreitägigen Straßenfest auf dem Jungfernstieg in der Hamburger Innenstadt vertreten. Es wurden über 1.000 Unterschriften für laufende Petitionen zu LGBTI-Themen aus den Ländern Weißrussland, Kolumbien und der Ukraine und zum Thema Flüchtlinge gesammelt.

Mit dem Motto des Hamburger CSDs 2015 "Akzeptanz ist schulreif: Sexuelle Vielfalt auf den Stundenplan" stellte der Verein Hamburg Pride als Veranstalter das Thema Sexualpädagogik und Schulaufklärung in den Mittelpunkt. Damit wurde die seit einiger Zeit rückwärtsgewandte Diskussion über Sexualpädagogik und den Umgang mit der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten kritisiert.

Im Jahr 1969 leistete die LGBTI-Community erstmals systematisch Widerstand gegen staatliche Diskriminierung und Repression. Nach einer Polizei-Razzia im Stonewall Inn im New Yorker Bezirk Greenwich Village kam es zu dreitätigen massiven Protesten. In Erinnerung an dieses Ereignis finden seitdem jedes Jahr in aller Welt politische Paraden statt, die Christopher Street Days bzw. Gay Pride-Paraden. Auch heute noch haben diese Veranstaltungen klare politische Ziele und sind deshalb als Demonstrationen zu verstehen.



Der Menschenrechtsaktivist Jules Charles Eloundou Atamba, Präsident der Organisation HUMANITY FIRST CAMEROON (HFC), war im letzten Juni zu Besuch bei den Queeramnesty-Gruppen in Hamburg und Berlin. In Berlin nahm er an Treffen mit Aktivist innen von Am-

MENSCHEN-RECHTSAKTIVIST **ZU BESUCH**

nesty International und politischen Akteur innen teil sowie an öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen der Pride Weeks. Jules berichtete von den vielfältigen Aktivitäten von HFC, zu denen neben einem sicheren Ort zum Treffen und zum Austausch auch regelmäßig organisierte Gesprächskreise mit bis zu 100 Personen sowie verschiedene Sportveranstaltungen gehören. Diese finden teilweise in Kooperation mit anderen Sportverbänden statt und zielen auf den Abbau von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen.

Auch auf dem 23. Lesbisch-Schwulen Stadtfest in Berlin war Jules am Stand der Queeramnesty-Gruppe anzutreffen und nutzte die Gelegenheit, mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur innen sowie der Presse in Kontakt zu kommen. So gab er dem Queeradio ein Interview, in dem er die verheerende Situation für Homosexuelle in Kamerun schilderte. Er wies darauf hin, dass laut Artikel 347a des kamerunischen Strafgesetzbuchs sexuelle Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechts mit bis zu 5 Jahren Gefängnis und einer Strafe von 200.000 CFA-Franc (über 300 €) geahndet werden können. Wie Jules betonte, zeigt die Praxis, dass von diesem Gesetz in den letzten Jahren zunehmend Gebrauch gemacht wird. Auch nimmt die Feindseligkeit in der Gesellschaft gegenüber homosexuellen bzw. vermeintlich homosexuellen Personen

immer stärker zu: Übergriffe aus der Zivilgesellschaft, aber auch von Polizei und Sicherheitskräften sind laut Jules immer häufiger an der Tagesordnung.

Dieses musste Jules unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin erleben. Er und zwei Freunde, die ihn am Flughafen von Yaoundé erwarteten, wurden Opfer menschenverachtender Behandlung durch Sicherheitskräfte. Sie wurden beschimpft, bedroht und erpresst und seine beiden Begleiter von den Sicherheitskräften zudem tätlich angegriffen. Gegen die Sicherheitskräfte, die die drei Männer allein aufgrund ihrer vermeintlichen Homosexualität erniedrigten und schlugen, wurde inzwischen Anzeige erstattet.

Vor diesem Hintergrund sehen es HFC und A.I. als eine dringliche Aufgabe an, weiterhin mit Nachdruck für die Abschaffung des Artikels 347a des kamerunischen Strafgesetzbuchs zu kämpfen und die Forderung an die kamerunische Justiz zu erneuern, für Gerechtigkeit zu sorgen, und die für derartige Taten Verantwortlichen entsprechend der gültigen Gesetze zur Rechenschaft gezogen werden. ■



Regisseurin Maria Binder (r.), Menschenrechtsaktivistin Ebru Kırancı (m.) und die Generalsekretärin von **Amnesty Deutschland** Selmin Çalışkan (l.) präsentieren den Film auf der Rühne des **Maxim Gorki Theaters**

TRANSXISTANBUL IN BERLIN

ENDE SEPTEMBER 2015 FAND IN BERLIN DIE DEUTSCHE URAUFFÜHRUNG DES FILMS TRANSXISTANBUL VON MARIA BINDER IM MAXIM GORKI THEATER STATT.

weiter auf der nächsten Seite

QUEERAMNESTY-Rundbrief Ausgabe Nr. 52, Winter 2015/16, www.queeramnesty.de Seite 7

► ► Fortsetzung: TransXIstanbul in Berlin

Der sehr persönliche Dokumentarfilm porträtiert den Alltag von Trans* in Istanbul und zeigt die vielfältigen Diskriminierungen, denen Trans* in der Türkei ausgesetzt sind. Der Film ist zugleich ein bewegendes Dokument für den Zusammenhalt der Community. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Selmin Çalışkan. Bereits zwei Tage vor der Gorki-Aufführung diskutierten in Berlin einige der Protagonist_innen sowie die Filmemacherin Maria Binder die aktuelle Situation in der Türkei.

Anfang Oktober fanden je eine weitere Filmvorführung in Berlin und bei den Lesbisch Schwulen Filmtagen Hamburg statt. Die Veranstaltungen wurden durch die Queeramnestyund die Türkeigruppe von Anmesty International organisiert.

Schon seit vielen Jahren arbeiten Amnesty und die Trans*bewegung in Istanbul zusammen. Im Juni 2015 erhielt die Menschenrechtsaktivistin und Protagonistin des Films, Ebru Kırancı, den Widerstandspreis des CSD und von Amnesty International. ■

Liebe Abonnent_innen des Rundbriefes,

helfen Sie uns Kosten zu sparen, indem Sie anstelle der Papierversion den Rundbrief als PDF abonnieren.

Schreiben Sie uns dafür einfach eine Nachricht an rundbrief@queeramnesty.de

mit der E-Mail-Adresse, über die Sie den Rundbrief beziehen möchten. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V. Zinnowitzer Straße 8 | 10115 Berlin

GRUPPENSPRECHER

Rupert Haag, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO

Amnesty International, Stichwort: "Spende Gruppe 2918" Bank für Sozialwirtschaft Köln, BIC: BFSWDE33XXX IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Amnesty International Österreich, Gruppe Queeramnesty Spendenkonto: Al Österreich PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBTI-Rechte

Chefredaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.) Redaktionelle Mitarbeit: Claude Beier und Fabian Brüder

Layout: Claudia Becker

Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,

Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt

Auflage: 4.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.

BEZIRKSGRUPPE BERLIN

Stephan Cooper, Tel: 030/796 28 74 oder 0179 / 679 36 78 berlin@queeramnesty.de | www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

BEZIRK FRANKFURT/M.

Burkhardt Riechers I burkhardt.riechers@t-online.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG

040 / 60 94 20 58 l info@queeramnesty-hamburg.de www.queeramnesty-hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN

John Witulski I koeln@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

queeramnesty.leipzig@gmx.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN

Flu Bäurle, Tel: 0176 / 77 51 73 01 l muenchen@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

ÖSTERREICH

A-WIEN

Queeramnesty Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | queer@amnesty.at www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-BERN

Queeramnesty | Postfach | CH-3001 Bern info@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch